

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 Zł., mit Zustellgeld 4,80 Zł. Bei Postbezug monatl. 4,89 Zł., vierteljährlich 14,66 Zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pa. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Blattdrucker u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 84A

Bromberg, Dienstag den 11. April 1933

57. Jahrg.

Der amtliche Bericht.

Lodz, 10. April. (P.M.) In den gestrigen Vormittagsstunden versuchte eine Gruppe von Demonstranten, die den Bürgersteig der Petrikauerstraße entlangging, vor dem Gebäude des Deutschen Konsulats zu manifestieren. Die an Ort und Stelle zusammengezogene Polizei vermochte es nicht zu verhindern, daß durch einen Steinwurf das deutsche Wappen beschädigt wurde. Eine andere Demonstranten-Gruppe begab sich zur Petrikauerstraße Nr. 86, wo sich die Druckerei der „Freien Presse“ befindet. Man versuchte, die Druckerei zu demolieren. Tausende von Spaziergängern schlossen sich dieser Gruppe an. Die seit dem frühen Morgen dort aufgestellte Polizei war nicht imstande, der ständig anwachsenden Menschenmenge Herr zu werden und die Zerstörungsaktion zu verhindern. Erst eine polizeiliche Verstärkung vermochte die Ordnung wieder herzustellen. In derselben Zeit drang eine andere Gruppe in das Deutsche Gymnasium ein, wo die Fensterscheiben eingeschlagen und die Einrichtung verschiedener Zimmer demoliert wurde.

Außerdem zertrümmerte eine Gruppe von Demonstranten die Scheiben in der Buchhandlung von Erdmann an der Petrikauerstraße und riß das Schild mit der Aufschrift „Redaktion der Lodzer Volkszeitung“ herunter. Im Zusammenhange mit den Ausschreitungen wurden mehrere Personen festgenommen. Vertreter von Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibehörden waren bald zur Stelle, um eine Untersuchung einzuleiten. Aus Anlaß der Vorgänge, die vor dem Deutschen Konsulat stattgefunden haben, sprach der Lodzer Wojewode Paweł Nowak im Konsulat vor, und gab seinem Bedauern über die Vorfälle Ausdruck.

Die Wirkung einer verlogenen Pressehege.

In Czestochau.

Wie die Polnisch-Telegraphen-Agentur meldet, drang am Sonntag eine Gruppe von Demonstranten in Czestochau in ein Kino ein, wo ein deutscher Film vorgeführt wurde. Die Demonstranten forderten das Publikum auf, das Kino zu verlassen. Zusammen mit ihnen bildeten die Kino-Teilnehmer einen Umzug durch die Straßen der Stadt, nahmen unterwegs aus den Zeitungsständen die deutschen Zeitungen und Zeitschriften fort und vernichteten sie.

In Rybnik

wurde auf dem Marktplatz eine öffentliche Versammlung abgehalten, um gegen die Verprügelung von polnischen Studenten durch Deutsche zu protestieren. Nach verschiedenen Ansprachen wurde eine Entschließung gefaßt, in der gefordert wurde, die deutsche Presse zu boykottieren und ihr das Post-Debit zu entziehen. In einer an demselben Tage

in Myslowitz

abgehaltenen Versammlung wurde ein Appell an die Behörden gerichtet, beim Völkerbunde wegen einer angeblichen Prügelei zwischen einigen polnischen und deutschen Studenten in Breslau zu intervenieren.

Statthalter für die deutschen Länder

Die Vollendung der staatlichen Gleichschaltung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das erste Gleichschaltungsgesetz, das vor allem die Umgestaltung der Landtage nach den Ergebnissen der Reichstagswahl brachte, suchte vornehmlich nur eine juristische Umschreibung des aktuellen politischen Zustandes zu geben. Für die Zukunft bleibt von ihm hauptsächlich die Bestimmung wichtig, daß von jetzt ab alle Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen an demselben Tage stattfinden, daß die Reichstagsauflösung die Auflösung aller übrigen gesetzgebenden Körperschaften des Reichsgebietes zur Folge hat.

Das neue Gleichschaltungsgesetz, das im Entwurfe bereits fertig ist, umfaßt einen völligen Neubau des Reichsgefüges, bringt endlich die lange ersehnte, viel herredete Reichsreform. Der Grundgedanke dieses neuen Gesetzes ist in der Einrichtung von Statthaltern des Reiches in

den Ländern enthalten. Bisher hatte das Reich in normalen Zeiten in den Ländern keine unmittelbare Verfügungsgewalt. Es hatte zwar die Möglichkeit, ein widerspenstiges, d. h. im Gegensatz zur Reichspolitik befindliches Land auf dem Wege über den Finanzausgleich, über die Polizeikostenzuschüsse und dergleichen einigermaßen am Zaume zu halten. Wenn es aber im äußersten Falle einem Lande den Willen des Reiches aufzwingen wollte, mußte es zum Ausnahmeartikel 48 der Verfassung und zur Exekution durch die Reichswehr greifen. Selbst das war nicht immer möglich, wie die Haltung des bayrischen Reichswehrkommandanten im Jahre 1923 gezeigt hat.

Durch das neue Gesetz schafft sich nun das Reich in den Ländern eigene Instanzen, die nicht nur gleichberechtigt neben Länderregierungen und Länderparlament stehen, sondern sogar über sie gestellt sind. Die Statthalter werden von der Reichsregierung ernannt, sind ihre Vertrauensleute und dürfen bei einem Regierungswechsel ebenfalls ausgewechselt werden. Sie sind nur der Reichsregierung verantwortlich und können, wenn sie nicht im Sinne der

Reichspolitik handeln, jederzeit abberufen werden. Sie haben etwa nach der Art der englischen Gouverneure für einen richtigen Ausgleich zwischen der Willensrichtung des Reiches und den Interessen der Länder zu sorgen. Dadurch wird natürlich das Länderparlament, der Reichsrat, viel, wenn nicht Entscheidendes von seiner bisherigen, für das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ausschlaggebenden Rolle einbüßen. Es fragt sich, ob ihm unter den neuen Verhältnissen überhaupt das Einspruchsrecht in der Gesetzgebung des Reiches bleibt; denn die Demokratie der vielen Kleinen ist mit dem neuen Gesetz unbedingt zu Ende gegangen. Die Länder sind zwar nicht zu Provinzen degradiert; es ist aber absolute Sicherheit geschaffen, daß in den Lebensfragen der Nation Reich und Länder nicht mehr eine verschiedene Stellung einnehmen. Auch die Drohung irgend eines Landes, dem Reiche die Gefolgschaft aufzugeben oder auch nur Bedingungen zu stellen, ist sinnlos geworden.

Die Statthalter bekommen neben den bestehenden Ländergewalten eine sehr starke Stellung. Sie sind gewissermaßen bleibende Reichskommissare, ähnlich den jetzt in vielen Ländern regierenden Kommissaren. Aber sie sind infolgedessen mehr, als sie gegenüber den Länderkabinetten und Parlamenten eine Stellung einnehmen, wie sie früher etwa der Staatspräsident in Preußen hatte. Sie bestätigen und ernennen die Regierungen. Die Länderparlamente werden nicht mehr das Recht haben, die Landesregierung zu wählen. Selbstverständlich ist auch der Statthalter für ihre Vertrauens- oder Mißtrauensvoten nicht erreichbar. Danach bliebe den Länderparlamenten nur noch eine beratende, anregende Stellung. Eine besondere Regelung ist für Preußen vorgesehen. Hier wird der Reichskanzler selber den Ministerpräsidenten ernennen. Die Zusammenlegung der Reichs- und preußischen Instanzen wird bleiben. Gleichwohl wird der vom Reichskanzler ernannte preußische Ministerpräsident seinerseits die Landesminister berufen. Damit verfügt das Reich auch weiterhin über die „Hausmacht“, die es sich durch die Exekution im Sommer 1932 gesichert hat. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen ist beendet. Schließlich bleibt noch mitzuteilen, daß im Zusammenhang mit dieser neuen Aktion für die politische Einheit des Reiches auch der Anluß mancher kleinerer Länder an die großen vollzogen werden dürfte.

Damit ist ein gewaltiger Schritt auf dem Wege zu einem einheitlichen Reich vorwärts getan. Die Bastionen, welche bei der letzten Reichstagswahl gestürmt wurden, werden größtenteils geschleift. Aber der Unitarismus feiert keine sinnlosen und schrankenlosen Triumphe. Hitler hat damit das in der Regierungserklärung vor dem Reichstag gegebene Versprechen in kürzester Frist eingelöst. Die Kräfte der Versplitterung, auf die man in Frankreich und demgemäß auch in den von Frankreich abhängigen Staaten immer noch rechnete, sind gebannt. Die Kräfte, die einst gegeneinander standen, werden jetzt in der gleichen Richtung wirken. Kein Zweifel, daß sich das in wirtschaftlicher, vor allem aber in außenpolitischer Beziehung bemerkbar machen wird.

Dr. A. R.

Göring wird preußischer Ministerpräsident

Wie das Conti-Bureau aus politischen Kreisen erfährt, steht nunmehr fest, daß der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Statthalter von Preußen den Reichsminister Göring zum Ministerpräsidenten in Preußen ernennen werde. Bislang hat von Papen dürfte selbst auf die Ernennung zum Ministerpräsidenten in Preußen verzichtet haben. Es verlautete, daß er andere wichtige Aufgabengebiete für das Reich übernehmen wird.

Neues Beamten-Gesetz im Reich gültig bis 30. September 1933.

Gleichzeitig mit dem „Statthalter-Gesetz“ wurde ein nicht weniger einschneidendes „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am Freitagabend vom Reichskabinett beschlossen, bereits am Sonnabend, dem 8. d. M. verkündet und damit in Kraft gesetzt. Das Gesetz hat einen doppelten Zweck, nämlich das Berufsbeamtentum wiederherzustellen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Personenkreis, auf den sich das Gesetz bezieht, umfaßt die unmittelbaren und die mittelbaren Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden, ebenso die Träger der Sozialversicherungen, die Beamten mancher Banken, ferner auch die Richter und die Hochschullehrer, ebenso Beamte im Ruhestand. Reichsbank und Reichsbahn erhalten die Ermächtigung, entsprechende Anordnungen zu erlassen.

Diese Maßnahmen, die ergriffen werden können, reichen von der Entlassung bis zur Veretzung in den Ruhestand mit allen Ehren und Bezügen. Im Paragraph 2 des Gesetzes wird

Das sogenannte Parteibuch-Beamtentum

getroffen, daß seit dem 9. November 1918 ohne die vorgeschriebene Vorbildung oder die sonstige Eignung neu berufen worden ist. Diese Beamten werden entlassen. Sie erhalten ihre Bezüge noch drei Monate, haben aber keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Titel. Aus diesem Staatsakt entsteht ihnen auch sonst kein Rechtsanspruch gegen den Staat. Nur im Falle besonderer Bedürftigkeit, insbesondere wenn für bedürftige Angehörige gesorgt werden muß, kann ihnen eine Rente bis zur Höhe von einem Drittel des Gehalts widerruflich gewährt werden.

Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, werden in den Ruhestand versetzt.

Sie werden, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Parteibuch-Beamte der vorher beschriebenen Art handelt, mit allen Ehren und vollen Pensionsbezügen aus dem Dienst entlassen. Hierfür gibt es zwei Ausnahmen: Beamte, die bereits am 1. August 1914 tätig gewesen sind, unterliegen keiner Nachprüfung, ebenso solche jüdischen Beamten, die im Weltkrieg an der Front Deutschlands oder einer seiner Verbündeten gekämpft haben oder deren Vater oder Söhne im Weltkriege gefallen sind. Diese Beamten bleiben im Amt.

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung keine Garantie für den nationalen Staat bieten, können (müssen aber nicht) aus dem Dienst entlassen werden.

Sie erhalten drei Monate lang ihre Beamtensbezüge, dann drei Viertel des Ruhegeldes und haben auch Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung.

Für alle Arten von Beamten gilt, daß die Veretzung in ein anderes Amt der gleichen Laufbahn, aber von geringerer Bedeutung, künftig möglich sein wird. Die so versetzten Beamten behalten ihre alte Amtsbezeichnung und ihre bisherigen Bezüge. Sie können innerhalb eines Monats ihre Veretzung in den Ruhestand verlangen. Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte auch dann in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie noch nicht dienstunfähig geworden sind. Dann darf keine Neubesehung ihrer Stelle stattfinden.

Inständig für die Durchführung dieser Bestimmungen sind lediglich die obersten Reichs- oder obersten Landesbehörden.

Die Dienstentlassung oder Veretzung in den Ruhestand auf Grund dieses Gesetzes muß bis spätestens 30. September 1933 zugestellt sein, wodurch der vorübergehende Charakter des Gesetzes zum Ausdruck kommt. Von dann an gilt wieder das volle Recht des Berufsbeamtentums in allen Kategorien. Die Frist kann mit einzelnen Verwaltungen auf deren Wunsch gekürzt werden, wenn sie es für zweckmäßig halten. Die wegen ihrer politischen Betätigung entlassenen Beamten sollen ein Ruhegehalt dann nicht erhalten, wenn sie nicht wenigstens eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben. Ausnahmen treten ein, wenn sie infolge eines Unfalls früher dienstuntauglich wurden oder wenn Kriegsjahre mitzählen. Eine frühere Tätigkeit, z. B. als Gewerkschaftssekretär, wird für die Berechnung des Dienstalters nicht herangezogen. Angerechnet wird nur die ruhegehaltfähige Dienstzeit als Beamter, wenn sie im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst verbracht wurde.

Gärten können durch den Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister oder durch die oberste Landesbehörde ausgeschrieben werden.

Für die Höhe der Bezüge und Ruhebezüge der Kommunalbeamten werden die in Preußen im Jahre 1931 erlassenen Richtlinien jetzt allgemein maßgebend. Frühere Reichsminister und Landesminister, die seit dem November 1918 ernannt worden sind, müssen sich den Bestimmungen des Reichsministergesetzes unterwerfen. Zuviel bezahlte Bezüge seit dem April 1932 müssen zurückgezahlt werden. Nachzahlungen für zu geringe Bezüge finden nicht statt.

Gegen die vorzeitig entlassenen Beamten kann auch nachträglich noch ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, aber nur bis zum 31. Dezember 1933. Für Angestellte und Arbeiter werden sinngemäß Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Gleichzeitig beschloß das Reichskabinett die Wiedereinführung von Ehrentiteln, Orden und Ehrenzeichen. Die Titel werden verbleiben vom Reichspräsidenten und von den Reichstatthaltern, in Preußen vom Ministerpräsidenten in Vertretung des Reichskanzlers, Orden und Auszeichnungen kann nur der Reichspräsident verleihen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird jedoch darauf hingewiesen, daß das am Freitagabend vom Reichskabinett beschlossene Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen lediglich unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen des Artikels 100 Absatz 4 und 5 der Reichsverfassung die Ermächtigung erteilt, Ehrentitel und Orden wieder einzuführen und die Annahme von ausländischen Orden zu genehmigen. Es sei zurzeit nicht beabsichtigt, neue Orden oder Ehrenzeichen zu schaffen. Mit dieser Erklärung wird ein Gerücht widerlegt, wonach schon für die nächste Zeit die Schaffung eines Ordens der Nationalen Erhebung (Hitler-Orden) und eines Ordens für Verdienste um Kunst- und Wissenschaften (Gindenburg-Orden) geplant gewesen sei.

Rein Dörfel-Scandal.

Der Dörfel-Untersuchungsausschuß hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am 6. April seine Beratungen abgeschlossen und dem Reichsminister Dr. Hugenberg einen Bericht erstattet. Der Dörfel-Untersuchungsausschuß hat seine Arbeiten auf die Nachprüfung der im Reichstagsausschuß vorgebrachten 26 Dörfelfälle beschränkt und in elf Sitzungen eingehend erörtert und durchgeprüft. Vorher waren auf Wunsch des Rechnungshofes bereits sechs Fälle von der Nachprüfung ausgeschlossen, die bereits vom Rechnungshof nachgeprüft worden waren.

Der Bericht des Ausschusses kommt zu dem Ergebnis, daß die in der linksgerichteten Tagespresse im Januar 1933 erhobenen Angriffe gegen die beteiligten Behörden samt und sonders zu Unrecht erhoben worden sind. Von Riesenscandalen der Dörfel, Panama und Korruption sei keine Rede. In keinem der von ihm untersuchten 26 Einzelfälle habe sich der Verdacht einer Korruption der beteiligten Beamten ergeben. Die erhobenen schweren Beschuldigungen fallen damit ohne weiteres in sich zusammen.

Weiter hebt der Ausschuss hervor, daß der Reichskommissar für die Dörfel alle ihm unterbreiteten Beschwerden und Anregungen stets raschestens geprüft und für den Ausgleich zutage getretener Unebenheiten gesorgt habe. Auf Grund der Verhandlungen hat der Ausschuss sodann beschlossen, eine Reihe von Anregungen für die weitere Behandlung der Dörfel zu geben.

Otto Braun und August Bebel. Enteignung marxistischer Häuser.

Mit der Begründung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr auch in Zukunft zu besorgender staatsgefährlicher Umtriebe“ wurde vom Regierungspräsidenten in Königsberg das Grundstück 2, Fleßstraße 4-6 (Otto-Braun-Haus) nebst sämtlichen festen und losen Bestandteilen und Zubehörteilen und allen dem Grundeigentümer gehörenden Inventargegenständen dem bisherigen Eigentümer, der Dispreußischen Druck-Gesellschaft m. G. H., entzogen und auf das Land Preußen zum Eigentum übertragen.

Nachdem festgestellt worden ist, daß das August-Bebel-Haus in Köln-Deutz, das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“, Hypotheken der Städtischen Sparkasse Köln, sowie der Sparfassen der Landkreise Köln, Bergheim und Mülheim erhalten hat, hat der kommissarische Oberbürgermeister der Stadt Köln das Gebäude unter Zwangsverwaltung gestellt, um

Verluste für die Stadt zu verhüten. Die Stadtverwaltung hat dann das Gebäude an den Bauverlag Köln-Nachden der NSDAF, in dem der „Westdeutsche Beobachter“ erscheint, vermietet.

Ebert-Denkmal in Frankfurt a. M. wird entfernt.

Das Ebert-Denkmal an der Paulskirche in Frankfurt a. M. wurde entfernt. Die Beseitigung der Figur, die ein gewaltiges Gewicht besitzt, verursachte erhebliche Schwierigkeiten.

Grzesinski verzichtet auf sein Mandat.

Der frühere preussische Innenminister und Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat in einem aus Zürich kommenden Schreiben sein Abgeordnetemandat zur Verfügung gestellt. Grzesinski bemerkt dazu: da er auf neunzig Sitzungstage vom Preussischen Landtag ausgeschlossen sei, sehe er für absehbare Zeit keine Möglichkeit, an den Arbeiten des Landtags teilzunehmen. Er verzichte deshalb auf sein Mandat.

Grzesinski zog sich den Ausschluß auf neunzig Sitzungstage Grund der neuen, von den Nationalsozialisten formulierten Geschäftsordnung des Preussischen Landtags zu, weil er bei der konstituierenden Landtagsitzung unentschiedigt geseht hatte.

Politische Flüchtlinge in der Schweiz.

Die Schweizer Bundesregierung hat eine Verordnung über die sich in der Schweiz aufhaltenden politischen Flüchtlinge genehmigt. Diefen ist bei Strafe der sofortigen Ausweisung jede politische Betätigung verboten. Sie bedürfen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit der Genehmigung der eidgenössischen Fremdenpolizei.

Verbot des Tannenbergs-Bundes in Mecklenburg.

Durch Verfügung des mecklenburgischen Ministerkommissars Hildebrandt ist der Tannenbergs-Bund, dessen Gründer und Schirmherr General Ludendorff ist, für das gesamte mecklenburg-schwermische Staatsgebiet verboten worden. In der Verbotsbegründung heißt es, daß der Tannenbergs-Bund durch sein Gebaren die religiösen Gefühle weiter Bevölkerungskreise verletze; daher sei eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten.

Staat und Kirche in Preußen.

In Berlin wird von zuständiger kirchlicher Stelle mitgeteilt:

„Wegen der Ausführungen des Oberpräsidenten Rube auf der Berliner Tagung der Deutschen Christen hat der Evangelische Oberkirchenrat sich mit den zuständigen staatlichen Stellen ins Benehmen gesetzt, da jene Äußerungen das grundsätzliche Verhältnis von Staat und Kirche berühren.“

Bekanntlich hat die Reichsregierung in ihrer programmatischen Rundgebung im Reichstag am 23. März in aller Form den Rechtsbestand und die Selbständigkeit der Kirchen sicherstellende Erklärungen abgegeben, von denen die Evangelische Kirche, die im Rahmen ihrer besonderen Verantwortung und Aufgabe zu vollem Einsatz ihrer eigenen Kräfte für den nationalen Wiederaufbau bereit ist, mit Befriedigung Kenntnis genommen hat.“

Hierzu wird von evangelisch-kirchlicher Seite bemerkt: „Die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen treten damit in ein neues Stadium; die kirchlichen Führer werden mit der Reichsregierung und den Preußenkommissaren das Verhältnis des Staats zur Kirche besprechen. Es ist anzunehmen, daß die Vertreter der Kirchen dabei die guten und durchführbaren Gedanken der Deutschen Christen (z. B. die Forderung der Reichskirche) zu ihren eigenen machen, damit endlich in die Kirchenfrage etwas Bewegung kommt.“

Es wäre aber ferner wünschenswert, daß die ganze Auseinandersetzung nicht vom machtpolitischen Standpunkt aus geführt wird. Die „Machtpolitik“ hat in diesen Fragen wenig Sinn, ganz abgesehen davon, daß auf kirchlichem Gebiete die „Macht“ keineswegs bei den Deutschen Christen liegt; bei den letzten Wahlen erhielten sie im Durchschnitt 33 Prozent aller Stimmen, die Berliner Stadtsynode besteht beispielsweise aus 122 Anhängern der Positiven Union (52 Prozent) und 58 Deutschen Christen“ (22 Prozent). Es besteht kein Zweifel darüber, daß manches Mitglied der Positiven Union politisch nationalsozialistisch ist; daß es sich nicht den Deutschen Christen anschließt, zeigt, daß die Deutschen Christen keineswegs die Vertretung des Nationalsozialismus in Fragen der evangelischen Kirchen für sich beanspruchen können.

Republik Polen.

Hakenkreuzflagge vor dem Gemeindeamt.
Konik, 10. April. (Eigene Meldung.) Die Polizei ist eifrig bemüht, der Personen habhaft zu werden, die in der Nacht zum 1. April in dem friedlichen Roschneiderdorf Frankenhagen vor dem Gemeindeamt eine Flagge mit einem Hakenkreuz hielten.

Vom Amte suspendiert.

Der polnische Handelsminister hat den Direktor des Seedeportaments im Handelsministerium, Dr. Hilchen, auf eigenen Wunsch vom Amte suspendiert. Gegen Dr. Hilchen ist auf seinen Antrag ein Disziplinarverfahren eingeleitet, um die Klagen und Vorwürfe zu prüfen, die von verschiedenen Firmen und Privatpersonen aus Gdingen gegen ihn erhoben werden. Gleichzeitig ist auch von einigen Firmen beim Staatsanwalt in Gdingen Anklage gegen Dr. Hilchen erhoben.

Dr. Hilchen wird Unredlichkeit vorgeworfen. Er war vor seiner Berufung in das Handelsministerium polnischer Delegierter im Danziger Hafenausschuß. (Gl.)

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichte: vom 10. April 1933.
Krautau + 2,41, Zawischot + 1,40, Warchau + 1,45, Błoci + 1,45, Thorn + 1,64, Vordun + 1,63, Culm + 1,60, Graudenz + 1,83, Ruzubrat + 1,96, Biedel + 1,40, Dirschau + 1,45, Einlage + 2,36, Schiemenhorst + 2,52.

